

# Report

Ein Mitglied der  UniCredit Group

Bank Austria  
Creditanstalt

Die Bank zum Erfolg.

## Österreichkonjunktur

Starkes 1. Quartal bringt Wachstum  
2007 auf über 3%

## Österreichs Chemieindustrie

Branche verteidigt  
erfolgreich ihre  
Konkurrenzfähigkeit

# Inhalt

<b>Editorial</b> .....	3
<b>Österreich</b>	
Konjunktur Österreich 2007 .....	4
BA-CA Konjunkturindikator .....	6
Österreichs Chemieindustrie.....	7
<b>International</b>	
Internationale Konjunktur und Finanzmärkte .....	9
Regionaler Überblick CEE .....	10
<b>Fokus</b>	
Oberösterreich ist Spitze .....	12
Gelebte Nachbarschaft in der Grenzregion .....	14
<b>Daten und Fakten</b>	
Österreich/International .....	16
Osteuropa.....	18

## Die Autoren dieser Ausgabe:

KommR Franz Birk .....Mitglied des Beirats der ÖGfE, Senior Consultant IFES  
Mag. Stefan Bruckbauer .....Leiter-Stv. der Abteilung Economics and Market Analysis der Bank Austria Creditanstalt  
Mag. Kurt Fesselhofer .....Mitarbeiter der Abteilung Economics and Market Analysis der Bank Austria Creditanstalt  
Mag. Marianne Kager .....Leiterin der Abteilung Economics and Market Analysis der Bank Austria Creditanstalt  
Mag. Walter Pudschedl .....Mitarbeiter der Abteilung Economics and Market Analysis der Bank Austria Creditanstalt  
Debora Revoltella.....Leiterin der Abteilung Research CEE der Bank Austria Creditanstalt  
Mag. Stefan Schaller .....Wissenschaftlicher Mitarbeiter der ÖGfE  
Mag. Günter Wolf.....Mitarbeiter der Abteilung Economics and Market Analysis der Bank Austria Creditanstalt

## Impressum:

Herausgeber, Verleger, Medieninhaber: Bank Austria Creditanstalt AG  
<http://www.ba-ca.com>  
E-Mail: [economic.research@ba-ca.com](mailto:economic.research@ba-ca.com)  
Redaktion: Abteilung Economics and Market Analysis, Mag. Kurt Fesselhofer +43 (0) 50505 DW 41953;  
Produktion: Public Relations/Medien +43 (0) 50505/DW 56141 (Bestellung)  
Redaktionsschluss: 20. Juni 2007  
Abdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe  
Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH, Faradaygasse 6, 1030 Wien  
Produktion: Horvath, Leobendorf  
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier  
Titelfoto: BuenosDias

## Publikationen-Service:

Telefon: +43 (0) 50505/DW 56148  
Fax: +43 (0) 50505/DW 56945  
E-Mail: [pub@ba-ca.com](mailto:pub@ba-ca.com)

Über die neuesten Publikationen zu Österreich und CEE informieren Sie die BA-CA EconomicNews.  
Die Anmeldung für den Gratisbezug des elektronischen Newsletters kann direkt unter  
<http://economicresearch.ba-ca.com> vorgenommen werden.



Die BA-CA, ein Mitglied der UniCredit Group, ist die klare Nummer 1 in Österreich. Zusammen mit der UniCredit Group betreibt sie das größte Bankennetzwerk in Zentral- und Osteuropa (CEE), einem der weltweit stärksten Wachstumsmärkte. In dieser Region betreut die Gruppe mit 65.000 Mitarbeitern in 3.000 Geschäftsstellen rund 17 Millionen Kunden.



# Global (G8, G15) und national:

## Zentrale Herausforderungen an die Politik, das Resumee eines Elder Statesman

Vielleicht ist es Zeit, über Gipfelrituale hinauszuschauen und manches auf seine Grundsätze zurückzuführen. Es war Zufall, dass kürzlich in Wien die Jahrestagung des „Interaction Councils“ (IC) stattgefunden hat. Das IC wurde 1982 gegründet und seine Mitglieder sind vornehmlich ehemalige Staats- und Regierungschefs. Arbeitsauftrag des IC ist „to make contributions to threatening problems“.

Auch der G7(8)-Gipfel wurde zur Erörterung der „threatening problems“ ins Leben gerufen. Er geht auf eine Initiative von Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt zurück. Ziel war damals (1975) die Finanz- und Geldpolitik der großen Industrieländer zu koordinieren, und die Welt vor hoher Inflation („Ölpreisschock“, 1974/75) und deren negativen ökonomischen Konsequenzen zu bewahren.

Viele, die heute Mitglieder des IC sind, waren in den 70er, 80er und 90er Jahren selbst Teilnehmer an den G7(8)-Gesprächen.

Die Keynote speech des diesjährigen IC hielt Helmut Schmidt. Angesichts der Ereignisse um (und auf) dem Heiligendamm-Gipfel eine Rede, die zu lesen jedem aktiven Politiker (aber ebenso dem interessierten Bürger) empfohlen werden kann. Diese Rede ist tatsächlich „contribution to threatening problems“ ([www.interactioncouncil.org](http://www.interactioncouncil.org)). Folgende Gedanken sollen zum Nachlesen und Nachdenken anregen.

**1. Globalisierung:** Sie kann nicht aufgehalten werden, eine Renationalisierung der Wirtschaft(en) ist keine realistische Strategie; aber man muss auf die Konsequenzen vorbereitet sein und sie so „in Bahnen lenken“.

**2. G15 statt G8?** Die G8-Staaten alleine sind heute nicht mehr in der Lage, globale makroökonomische Ungleichgewichte zu managen. Es ist eine Illusion zu glauben, dass eine globale Welt erfolgreich von den G8 „gemanagt“ werden kann, ohne Staaten wie China, Indien oder Brasilien einzubeziehen. Ebenso wenig kann man ganze Kontinente, wie Afrika, oder Rohstoffversorger, wie die Ölländer, ausschließen.

**3. Globale Herausforderungen:** Das, was Helmut Schmidt als globale Herausforderungen identifiziert, sind nicht neue Erkenntnisse. Die Protokolle des G8-Gipfels zeigen bestenfalls kleine, aber keinesfalls grundlegende Fortschritte.

*Exponentiell wachsende Weltbevölkerung:* Spätestens in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts wird die 9 Milliarden-Marke erreicht; 9 Milliarden Menschen, die Lebensraum, Beschäftigung und Entwicklung brauchen.

*Klimawandel und Umweltverschmutzung:* Das Kyoto-Protokoll ist für die Bekämpfung der Umweltverschmutzung kein policy instrument, solange China, Indien und die USA draußen sind. Auch hier hat der G8-Gipfel nicht wirklich einen Fortschritt gebracht.

*Clash of Civilisation:* Dem Islam ist wie anderen Religionen mit Respekt und Toleranz zu begegnen. Dass aufgrund des Irak-Krieges der „islamische Terror“ eine Gefahr darstellt, hat auch mit der westlichen Intervention zu tun. Weder politische noch religiöse Führer haben das Recht, ihre politische Ideologie und ihre religiöse Überzeugung auf Dritte (außerhalb staatlicher/religiöser Gemeinschaften) anzuwenden. [Allen Politikern ins Stammbuch geschrieben].

„Humanitarian interventions“: (so-called) peace-keeping interventions ohne Zustimmung des Sicherheitsrates sind oft nur Vorwand für andere Ziele. Das hinzunehmen bzw. zu ignorieren erweckt den Eindruck, dass das Prinzip des Nichteinmischens in Vergessenheit gerät.

Soviel (und noch mehr) in der Keynote speech von Helmut Schmidt, Elder Statesman im wahrsten Sinne des Wortes (Jahrgang 1919!). Die Probleme, die er aufgreift, intensiv zu beraten wäre die primäre Aufgabe eines G8 (G15 im Sinne von Helmut Schmidt)-Gipfels.

Bleibt die Frage: Und warum geschieht es nicht? Oder wenn es geschieht, dann ohne sichtbaren Erfolg (verbindlichen Beschlusses)?

Vielleicht deswegen, weil es an dem mangelt, was H. Schmidt u. a. als zentrale Eigenschaft eines Politikers in einer parlamentarischen Demokratie bezeichnet, die Fähigkeit zum Kompromiss: „Wer den Kompromiss nicht kann oder nicht will, der ist zu demokratischer Gesetzgebung nicht zu gebrauchen“. Dieser Grundsatz gilt auf nationaler Ebene ebenso wie international. „Ohne das Prinzip des Kompromisses ist das Prinzip der Demokratie nicht möglich. Das steht in keinem Lehrbuch, sollte aber stehen“. Wobei mit Kompromiss Entgegenkommen in der Sache gemeint ist und nicht vertuschen durch veröffentlichte Worthülsen. Das gilt nicht nur für die internationale Politik, sondern auch für die nationale, regionale bis hinunter zur Gemeindestube.

Und das sei aus vielfach gegebenem Anlass auch der österreichischen Politik ins Stammbuch geschrieben.



marianne.kager@ba-ca.com

Marianne Kager

<sup>a)</sup> Helmut Schmidt, „Zum Ethos eines Politikers“, Siebte Weltethosrede, 8.5.2007, Universität Tübingen

## Dynamischer als erwartet

**Vor allem die Exporttätigkeit verlief im ersten Quartal 2007 stärker als noch vor wenigen Monaten angenommen. Die hohe Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung wird allerdings auf Dauer nicht beibehalten werden können. Im Jahresverlauf ist mit einer leichten Abkühlung insbesondere in der Industrie und im Export zu rechnen. Für das Jahr 2007 gehen wir zwar aufgrund des bisherigen guten Konjunkturverlaufs von einer BIP-Zunahme in Höhe von 3,1% (real) aus, für 2008 rechnen wir aber weiterhin mit einem Rückgang des Wirtschaftswachstums auf 2,3%.**

Die österreichische Wirtschaft wuchs im ersten Quartal 2007 stärker als im vierten Quartal 2006 und übertraf damit unsere Erwartungen zu Beginn des Jahres. Insbesondere die Exporttätigkeit verlief besser als vorhergesehen, gleichzeitig nahmen die Importe weniger stark zu als erwartet. Der daraus resultierende erneute positive Außenbeitrag hatte einen wesentlichen Anteil am Wirtschaftswachstum.

Die Entwicklung des privaten Konsums entsprach hingegen noch nicht ganz den Erwartungen, die sich eigentlich aus dem Anstieg der Konsumentenstimmung im Laufe der letzten Monate ableiten ließen. Im weiteren Jahresverlauf sollte aber die Dynamik des privaten Konsums zunehmen. Im Gegensatz dazu ist in den nächsten Monaten damit zu rechnen, dass die Industrie – ausgehend von einer etwas schwächeren Entwicklung der Exporte – insbesondere im Vergleich zum ersten Quartal weniger kräftig zulegen wird können.

Für den Rest des Jahres ist zu erwarten, dass die BIP-Zuwächse einen sinkenden Trend aufweisen werden, der sich vor allem im nächsten Jahr noch deutlicher fortsetzen wird. Im Jahresdurchschnitt wird für 2007 allerdings noch mit einem Plus von 3,1% (real) ein ähnlich gutes

Ergebnis wie im Jahr 2006 (+3,1%) erzielt werden können. Für 2008 rechnen wir aus heutiger Sicht mit einem Wirtschaftswachstum von 2,3%.

### **Handelspartnerländer verlieren an Dynamik**

Die Weltwirtschaft wird voraussichtlich 2007 (+4,9%, real) ein schwächeres Wachstum als 2006 (+5,4%) ausweisen.

Einige wichtige Haupthandelspartnerländer Österreichs, allen voran Deutschland, die Schweiz sowie die meisten CEE-Länder werden 2007 einigean Wachstumsdynamik verlieren. Auswirkungen auf die Entwicklung der österreichischen Exportindustrie sind daher in der Folge zu erwarten.

2008 wird für die Weltwirtschaft mit +5,0% ein ähnlich hohes Wachstum wie im laufenden Jahr angenommen. Dies gilt allerdings nicht für die meisten Handelspartner Österreichs: Bei diesen muss im nächsten Jahr sogar mit einer weiteren Abnahme der wirtschaftlichen Dynamik gerechnet werden.

### **Schwächer als im Vorjahr, aber stärker als erwartet**

Im ersten Quartal 2007 entwickelten sich die Exporte dynamischer als noch zu Jahresbeginn erwartet. Für den weiteren Jahresverlauf muss jedoch mit einem Nachlassen der Wachstumsdynamik gerechnet werden, da wie bereits erwähnt die wichtigeren Handelspartnerländer Österreichs eine abschwächende Konjunktur und in deren Folge auch eine geringere Nachfrage nach Importgütern verzeichnen werden.

Das hohe Exportwachstum des Jahres 2006 (+10,2%, real) wird 2007 zwar nicht mehr erreicht werden können, mit einem Plus von 6,5% wird aber die Zunahme nahe dem durchschnittlichen Wachstum der letzten Jahre liegen (zwischen 2001 und 2006 betrug das durchschnittliche Wachstum p.a. 6,9%, real). Da wir von einem Anhalten des schwä-

cheren Konjunkturverlaufes in den Handelspartnerländern ausgehen, rechnen wir für 2008 mit einer weiteren Reduktion der Exportzuwächse (auf +5,9%).

Noch stärker als bei den Exporten wird bei den Warenimporten die Dynamik nachlassen. Im Jahresdurchschnitt 2007 werden die Importe voraussichtlich nur um 4,2% (real) zulegen – gegenüber 2006 (+6,6%) ein deutlicher Rückgang. Einen etwas stärkeren Zuwachs erwarten wir wieder für 2008 (+6,2%).

### **Ausrüstungsinvestitionen bleiben auf hohem Niveau**

Auch im laufenden Jahr sollte sich der bereits im Vorjahr zu beobachtende Trend nach einer Steigerung der Ausrüstungsinvestitionen fortsetzen. Angesichts der auch für das laufende Jahr anzunehmenden guten konjunkturellen Situation gehen wir davon aus, dass die Ausgaben für diese Investitionen um 5,3% (real) zunehmen werden. Kapazitätserweiternde Maßnahmen werden auch 2008 notwendig sein. Die BIP-Zunahme wird voraussichtlich bei +2,3% (real) liegen, ein Wert, der immerhin dem langfristigen durchschnittlichen Wirtschaftswachstum entspricht und im Allgemeinen auch eine entsprechende Investitionsnachfrage hervorruft. Mit einer Steigerung um 3,2% wird aber die Zunahme doch um einiges geringer als 2007 ausfallen.

### **Der Bau bleibt relativ stark**

2006 war die Bauwirtschaft ein wichtiger Baustein für die gute Wirtschaftsentwicklung, mit einem Plus von 5,2% (real) fiel das Wachstum der Bauinvestitionen überdurchschnittlich hoch aus. Sowohl der Hoch- als auch der Tiefbau hatten eine positive Entwicklung. Investitionen in die Infrastruktur werden auch heuer und im nächsten Jahr einen hohen Stellenwert haben. Allerdings deuten Rückgänge in den Auftragsbeständen darauf hin, dass die Wachstumsdynamik in diesem Wirtschaftszweig etwas nachlassen wird.

Für 2007 gehen wir davon aus, dass die Bauinvestitionen um 3,5 % (real) zunehmen werden. Bei einer Fortsetzung des derzeitigen Trends rückläufiger Aufträge muss für 2008 mit einem geringeren Wachstum in Höhe von 2,4 % gerechnet werden. Damit wird aber die Bauwirtschaft auch weiter über dem durchschnittlichen Wachstum der letzten 10 Jahre (+1,6 %) liegen.

### Konsumentenstimmung besser als die Konsumausgaben

Derzeit dürfte die Stimmung bei den Konsumenten besser sein als ihr Wunsch, auch Ausgaben zu tätigen. Zumindest erreichten die Ergebnisse des BA-CA Konjunkturindikators (siehe Seite 6) den höchsten Wert seit Umfragebeginn, die Ausgaben für den privaten Konsum entsprachen aber noch nicht der erwarteten Steigerung – und dies trotz guter Ergebnisse des Einzelhandels. Sondereffekte, wie z. B. ein geringerer Energieverbrauch oder schwächere Kfz-Verkäufe dürften hier wirksam sein.

Im weiteren Jahresverlauf erwarten wir, dass die Ausgaben für den privaten Konsum zunehmen werden. Für das Gesamtjahr 2007 gehen wir von einem Plus in Höhe von 2,2 % (real) aus, für 2008 rechnen wir mit + 2,3 %.

### Mehr als 3,2 Mio. Beschäftigte

Die Zahl der nichtselbständig Beschäftigten (ohne Karenzen, Präsenzdiener und Schulungen) wird heuer im Jahresdurchschnitt die Grenze von 3,2 Millionen überschreiten. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies ein Wachstum von 1,8 % (2006: +1,7 %). Mikrozensushebungen weisen aus, dass der Beschäftigungszuwachs des Jahres 2006 zu etwa 4/5 auf Vollzeit-arbeitsplätze entfiel. Es besteht daher die berechtigte Hoffnung, dass mit der Fortsetzung des Wachstumstrends auch die neuen Arbeitsplätze wieder vermehrt auf Ganztagsarbeitsplätze entfallen werden.

Wir gehen davon aus, dass sich der positive Trend am Arbeitsmarkt auch weiterhin fortsetzt, allerdings wird die Dynamik nachlassen. Für 2008 rechnen wir aber immer noch mit einer Zunahme der Beschäftigung um 1 %.

### Arbeitslosigkeit unter 6 %

Seit dem bisherigen Höchststand von 7,3 % (gemäß AMS-Definition/5,2 % gemäß Eurostat-Definition) im Jahr 2005 konnte in der Folge ein Trend zur Abnahme der Arbeitslosenquote verzeichnet werden. 2006 sank die Quote auf 6,8 %/4,8 %. Eine Fortsetzung dieses erfreulichen Trends erscheint durch die derzeit gut konjunkturelle Lage wahrscheinlich, für 2007 erwarten wir daher einen weiteren Rückgang auf 6,2 %/4,3 %. Da auch 2008 die Konjunkturalentwicklung durchaus positiv sein sollte, rechnen wir damit, dass die Arbeitslosenquote mit 5,9 % erstmals seit 2000 wieder unter der 6 %-Marke liegen wird (4,1 % nach Eurostat).

turelle Lage wahrscheinlich, für 2007 erwarten wir daher einen weiteren Rückgang auf 6,2 %/4,3 %. Da auch 2008 die Konjunkturalentwicklung durchaus positiv sein sollte, rechnen wir damit, dass die Arbeitslosenquote mit 5,9 % erstmals seit 2000 wieder unter der 6 %-Marke liegen wird (4,1 % nach Eurostat).

### Inflation bei 2 %

Nach 1,6 % im Jänner und Februar, 1,8 % im März und April und 2,1 % im Mai lag die Inflation im laufenden Jahr jeweils über dem Wert des Jahresdurchschnitts 2006 (+1,5 %). Preistreiber war auch heuer der Teilindex „Wohnung, Wasser und Energie“, während weiterhin die Preissenkungen im Telekommunikationsbereich und bei der Unterhaltungselektronik dämpfend wirken.

Nicht zuletzt auch aufgrund der Anhebung der Mineralölsteuer per 1. Juli 2007 gehen wir davon aus, dass die Inflation heuer bei 1,9 % liegen wird. Auch für 2008 ist nach dem derzeitigen Stand mit keinem Anspringen, aber auch keinem Rückgang der Verbraucherpreise zu rechnen, sodass übers Jahr gerechnet eine Steigerung um 2,0 % angenommen werden kann.

kurt.fesselhofer@ba-ca.com

Kurt Fesselhofer

## Konjunkturprognose Österreich

Wachstum real, in %	2003	2004	2005	2006	BA-CA Prognose	
					März 2007	real in % 2008
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,1	2,4	2,0	3,1	3,1 +	2,3 +
Privater Konsum	1,3	1,9	1,7	2,0	2,2 =	2,3 =
Bruttoanlageinvestitionen	6,6	0,5	-0,4	3,3	3,8 -	3,4 =
Ausrüstungsinvestitionen	6,8	-1,6	0,2	3,2	5,3 =	3,2 =
Bauinvestitionen	5,1	1,6	0,4	5,2	3,5 =	2,4 =
Exporte im weiteren Sinn	2,0	10,0	6,4	8,8	5,7 =	5,1 =
Importe im weiteren Sinn	5,1	8,7	5,2	6,8	4,5 -	5,6 =
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	-0,2	1,7	2,1	3,2	3,1 +	3,0 +
Verbraucherpreisanstieg	1,3	2,1	2,3	1,5	1,9 +	2,0 +
Arbeitslosenquote (gemäß EU-Norm, in %)	4,3	4,8	5,2	4,8	4,3 =	4,1 =
Arbeitslosenquote (gemäß AMS, in %)	7,0	7,1	7,3	6,8	6,2 =	5,9 =

Quelle: Bank Austria Creditanstalt Economics and Market Research / + der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose erhöht / - der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose gesenkt / = gegenüber der letzten Prognose keine Veränderung / x in der letzten Prognose gab es keinen vergleichbaren Wert

## BA-CA Konjunkturindikator

### Starkes 1. Quartal bringt Wachstum 2007 auf über 3 Prozent

- Konjunkturindikator erreicht den höchsten Wert seit 1990
- Konsum nur etwas stärker, Exporte und Industrie noch gut
- Leichte Abschwächung im weiteren Jahresverlauf zu erwarten

Der BA-CA Konjunkturindikator stieg im Mai auf 4,7, den höchsten Wert seit 1990. Das Vertrauen der Industrie und die nochmals verbesserte Konsumentenstimmung sind für diesen historischen Wert verantwortlich.

Nachdem die Stimmung der Konsumenten in Österreich bereits im Verlauf des zweiten Halbjahres 2006 deutlich anstieg, setzte sich die Verbesserung auch im heurigen Jahr fort. Im Mai kam es dann nochmals zu einer Erhöhung und die Konsumentenstimmung erreichte den höchsten Wert seit Umfragebeginn. Der erneute starke Anstieg der Konsumentenstimmung im Mai lässt erwarten, dass der private Konsum seine Delle überwinden kann.

Der Anstieg der Konsumentenstimmung in Österreich war auch stark genug, gemeinsam mit der nochmals leicht gestiegenen Stimmung der In-

dustrie dem erkennbar zurückgegangenen Optimismus im Ausland entgegenzuwirken.

#### Wachstum beschleunigte sich im ersten Quartal nochmals

Entsprechend der positiven Entwicklung der vorlaufenden Konjunkturindikatoren hat sich auch unsere Erwartung eines leichten Anstiegs des Wirtschaftswachstums im ersten Quartal von 0,7 % auf 0,9 % im Quartalsabstand und von 2,8 % auf 3,5 % im Jahresabstand bestätigt. Zwar hat die Industrieproduktion gegenüber den letzten drei Quartalen an Schwung verloren, gleichzeitig hat aber der Handel zugenommen und Dienstleistungen sowie nicht zuletzt der durch die Witterung zusätzlich begünstigte Bau blieben stark.

Dementsprechend war die Investitionstätigkeit erneut stark, der private Konsum hat sich jedoch aufgrund geringeren Energieverbrauches nicht beschleunigt. Die Exporte haben keine Dynamik verloren und bei etwas geringerer Zuwachsrate der Importe hat sich der positive Beitrag des Außenhandels insgesamt sogar gegenüber dem vierten Quartal 2006 etwas erhöht.

Für den weiteren Jahresverlauf erwarten wir nun nur mehr eine leichte Abschwächung der konjunkturellen Dynamik. So wird die Konsumnachfrage aufgrund des hohen Beschäftigungsniveaus wieder zunehmen, die Industrie dürfte jedoch ihren Zenit überschritten haben und die abflachende Auslandsnachfrage lässt sie an Dynamik verlieren. Die Bauwirtschaft wird zwar das besonders hohe Tempo des ersten Quartals nicht halten können, allerdings dynamisch bleiben. Insgesamt wird sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik im zweiten Quartal nur leicht abschwächen und die Jahreswachstumsrate wird lediglich von 3,5 % auf 3,0 % im vierten Quartal zurückgehen. Aufgrund dieser geringeren Abschwächung im weiteren Jahresverlauf führt dies zusammen mit dem guten ersten Quartal dazu, dass Österreichs Wirtschaft 2007 erneut über 3 % Wirtschaftswachstum haben wird.

Für 2008 erwarten wir einen leichten Rückgang des Wachstumstempos, dies wird dann zu einem Wachstum von 2,3 % im Jahresdurchschnitt 2008 führen.

stefan.bruckbauer@ba-ca.com

Stefan Bruckbauer

### Bank Austria Creditanstalt Konjunkturindikator Österreich

Der BA-CA Konjunkturindikator versucht, eine Schätzung des Konjunkturklimas ein halbes Jahr vor Veröffentlichung der BIP-Zahlen zu geben. Ziel ist es, sehr schnell einen Anhaltspunkt über die aktuelle Konjunktursituation, der über die Befragung der Industrie hinausgeht, zu erhalten.

Die Komponenten des BA-CA Konjunkturindikators sind:

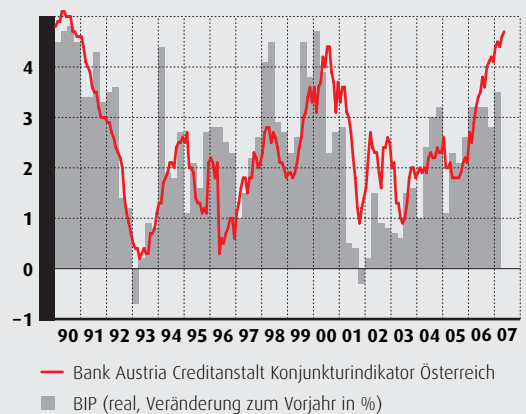
- das Vertrauen der österreichischen Industrie (Gewichtung 10%),
- das Vertrauen der Industrie im Euroland gewichtet nach dem

österreichischen Außenhandel (Gewichtung 30%),

- das Vertrauen der österreichischen Verbraucher (Gewichtung 50%),
- das Wachstum der Konsumkredite (Gewichtung 10%).

Die ersten drei Indikatoren basieren auf dem „EU Business and Consumer Survey“.

Die einzelnen Indikatoren werden dabei gewichtet und standardisiert und ergeben dann einen Schätzwert für den Trend des aktuellen Wirtschaftswachstums.



Quelle: BA-CA Economics & Market Analysis

# Österreich Österreichs Chemieindustrie

## Branche verteidigt erfolgreich ihre Konkurrenzfähigkeit

Österreichs Chemieindustrie verbuchte 2006 ein Umsatzwachstum von 18%. Das Ergebnis beruhte allerdings auf hohen Preissteigerungen, die wiederum von der Rohstoffpreishaussage getrieben waren. Das Produktionswachstum der Branche lag bei 4% und damit unter seinem langfristigen Durchschnitt.

2006 war für die Chemieindustrie dennoch ein sehr gutes Wirtschaftsjahr. Die Branchenkonjunktur bleibt 2007 und wahrscheinlich auch 2008 lebhaft, angetrieben vom kräftigen Wirtschaftswachstum im Inland und in wichtigen Exportmärkten. Das Umsatzwachstum wird das Ergebnis 2006 voraussichtlich deutlich verfehlen, aber zumindest das langfristige Niveau von 5 bis 6% im Jahr erreichen (vergleiche Grafik 1). Damit überschreitet die Chemieindustrie, genauer die Branche Herstellung von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen schon 2007 die 10 Mrd.-Euro-Schwelle.

Im Vorjahr erlösten die rund 410 Chemiefirmen im Land 9,5 Mrd. Euro und beschäftigten 32.000 Arbeitnehmer/innen. Mit einem Umsatz- und Beschäftigtenanteil an der Industrie von jeweils rund 6% zählt die Chemieindustrie in Österreich zwar zu den größeren Industriebranchen. Im internationalen Vergleich hat die Chemie allerdings einen höheren Stellenwert innerhalb der Industrie: ihr Umsatzanteil am gesamten Industrieumsatz in der EU-25 beispielsweise liegt bei 10%.

Die österreichische Chemieindustrie konnte die konjunkturschwachen Jahre 2002 und 2003 unbeschadet überstehen, was zum Teil mit der spezifischen Rolle der Branche als Rohstoff- und Vorleistungslieferant erklärt werden kann. In einigen Sparten läuft die Konjunktur der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung voraus. Darüber hinaus profitiert die Branche von der relativ konjunkturreisistenten Medikamentennachfrage. Langfristig wächst

die Produktion der Chemieindustrie sogar etwas schneller als im Industrieschnitt, seit 1996 um 5,9% im Vergleich zu 5,6% im Jahr, die Umsätze allerdings etwas langsamer, um 5 respektive 5,5%. Die Beschäftigung in der Chemie ist im selben Zeitraum um insgesamt 3% gestiegen, im Industriedurchschnitt um 8% gesunken. Parallel dazu war das Produktivitätswachstum hoch genug, um sowohl die (Lohn-)Kostensteigerungen als auch leichte Preiseinbußen zu kompensieren. In Summe folgt die Chemiekonjunktur einem durchschnittlichen Wachstumspfad.

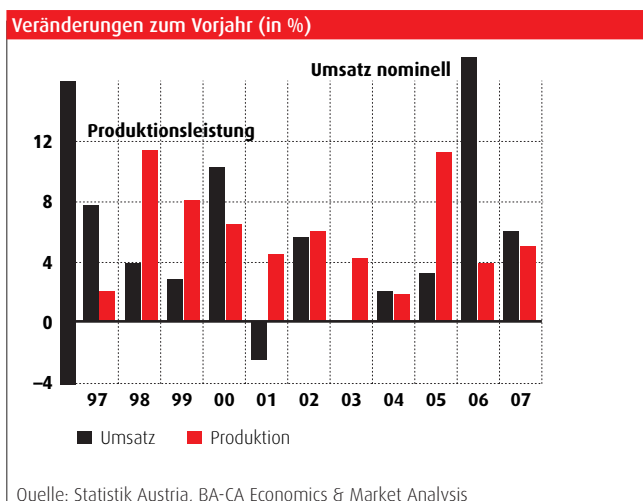
### Konkurrenzfähig

Die Chemieindustrie verteidigt auf jeden Fall erfolgreich ihre Konkurrenzfähigkeit, wie der Vergleich der Produktions-, Umsatz-, und Beschäftigungsentwicklung mit der internationalen Konkurrenz zeigt (vergleiche Grafik 2). Die langfristige Verbesserung der Außenhandelsbilanz bestätigt die stabile Position der Branche:

- Letztendlich ist das Handelsbilanzminus mit Chemiewaren von 1,3 Mrd. Euro Mitte der 90er Jahre auf zuletzt 900 Mio. Euro gesunken.
- Österreichs Chemieindustrie exportiert zunehmend qualitativ höherwertige Waren. Der durchschnittliche Wert der Chemieexporte pro Produkteinheit lag Anfang der 90er

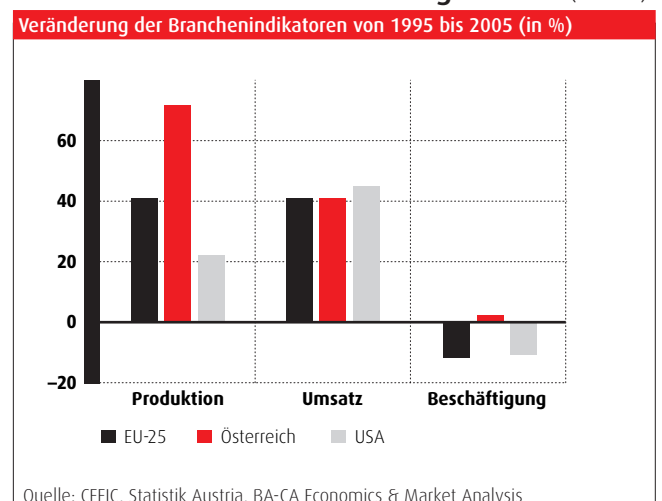
(Grafik 1)

### Produktion und Umsatz der Chemieindustrie



(Grafik 2)

### Chemie im internationalen Vergleich



Jahre noch um knapp 25 % unter dem entsprechenden Importwert, 2006 nur mehr um 9 %.

Im Detail zeigen die Außenhandelsdaten auch Strukturdefizite:

- Ohne die erfolgreichen Kunststoffwarenexporte blieb das Handelsminus mit Chemiewaren unverändert hoch – trotz der hohen Überschüsse im Pharmaaußenhandel (2006: + 339 Mio. Euro).
- Das Defizit ist bei Konsumgütern, vor allem hochwertigen Produkten, wie Körperpflegemittel und Kosmetika, besonders hoch. 2006 standen den Exporten von Pflegemittel u.ä. von rund 500 Mio. Euro Importe im Wert um 1 Mrd. Euro gegenüber.

### Strukturunterschiede

Die Struktur der Chemieindustrie in Österreich unterscheidet sich zumindest auf einer höher aggregierten Ebene kaum vom EU-Durchschnitt. Jeweils rund 37 % vom Branchenumsatz werden mit chemischen Grundstoffen (petrochemische Produkte, Kunststoffe, Industriegase, Düngemittel) und in der Spezialitäten- oder Feinchemie erzielt mit Pharmagrundstoffen, Farben oder Pflanzenschutzmitteln, knapp 18 % mit Pharmaprodukten. Der Rest stammt aus dem Verkauf sonstiger Konsumgüter, wie Seifen, Reinigungsmittel und Kosmetika.

Die Produktivität der österreichischen Chemieindustrie, gemessen am Umsatz pro Beschäftigten von rund 300.000 Euro, liegt ebenfalls im Bereich des EU-Durchschnitts und damit deutlich unter den Werten spezialisierter Chemiestandorte, wie Irland (1,2 Mio. Euro pro Beschäftigten), den Niederlanden, den USA, Belgien oder der Schweiz, wo der Umsatz pro Beschäftigten 5 bis 700.000 Euro erreicht. Der hohe Vorsprung einzelner Länder kann im Wesentlichen mit der starken Präsenz der wertschöpfungsintensiven Pharmaindustrie erklärt werden. Darüber hinaus spielen die spezifischen Produktionsverfahren, die Produktpalette beziehungsweise ihre F&E-Intensität eine Rolle.

Die Konkurrenzfähigkeit der Branche in Österreich ist unter den Rahmenbedingungen kaum beeinträchtigt. Allerdings sind die Wachstumsperspektiven der Branche im Vergleich zu den spezialisierten Pharmastandorten stärker eingeschränkt. Die Chemieindustrie in Österreich ist sicher kein Wachstumsmotor der heimischen Wirtschaft – seit 1996 ist die Branchenproduktion mit 5,9 % im Jahr nur wenig schneller als der Industriedurchschnitt (5,6 %) gestiegen.

### Essenzielle Exportnachfrage

Die Exporte sind für das Branchenwachstum aufgrund des relativ kleinen Inlandsmarktes essenziell: Einerseits können viele Verfahren und Produkte der Chemieindustrie nur in großer Serie effizient angewendet beziehungsweise erzeugt werden. Andererseits liefert die Chemie zahlreiche Rohstoffe sowie Vor- und Endprodukte an Industrien mit einem hohen Internationalisierungsgrad, wie zum Beispiel an die Autoindustrie.

Die Chemieindustrie erzielt mindestens 70 % vom Branchenumsatz beziehungsweise knapp 7 Mrd. Euro im Ausland (im Industriedurchschnitt 55 % laut Konjunkturstatistik). Insgesamt werden aus Österreich Chemieprodukte im Wert von 11 Mrd. Euro exportiert (inklusive der Handelsprodukte, die von Großhändlern importiert und danach exportiert werden. Die Konjunkturstatistik berücksichtigt nur in Österreich erzeugte und dann exportierte Waren).

Die Exportnachfrage war 2006 einmal mehr die treibende Kraft der Branchenentwicklung, mit einem Wachstum von 18 %. Die höchsten Zuwächse wurden im Export von Rohkunststoffen verbucht (+ 32 % auf 1,4 Mrd. Euro). Zudem wurden um 20 % mehr „sonstige“ organische Grundstoffe aus Österreich exportiert (im Wert von 964 Mio. Euro), wobei ein Großteil der zusätzlichen Exporte in diesem Bereich vermutlich brancheninterne Zulieferungen waren.

### Perspektiven

Kurzfristig sorgt die gute Konjunktur-entwicklung in Österreich und in wichtigen europäischen Absatzmärkten für Nachfrageimpulse in der Chemieindustrie. Mittelfristig hat die europäische Chemieindustrie aber in Osteuropa das höchste Wachstumspotenzial. Die Basis bilden das weiterhin überdurchschnittlich hohe Wirtschaftswachstum in der Region und vergleichsweise wenig gesättigte Märkte.

Trotz der zu erwartenden lebhaften Nachfrage wächst der Ertragsdruck in der Chemieindustrie. Mit Reach kommt im Juni ein neuer Kostenfaktor auf die Branche zu, eine EU-Regelung bezüglich der Registrierung chemischer Substanzen. Brancheninterne Schätzungen gehen davon aus, dass 10 bis 30 % der rund 30.000 registrierungspflichtigen Stoffe vor allem in der Feinchemie vom Markt genommen werden, beziehungsweise ihre Produktion ins Nicht-EU-Ausland verlagert wird. Österreichs Chemieindustrie bleibt davon nicht verschont.

Die Chemieindustrie wird sich weltweit weiter konsolidieren, womit die Unternehmenskonzentration noch zunimmt. Wesentliche Trends bleiben die Konzentration der Unternehmen auf ihre Kernkompetenzen und der Abbau von Überkapazitäten vor allem in der Feinchemie. In dem Segment wächst der Konkurrenzdruck aus Asien besonders rasch. China ist bereits der drittgrößte Chemieerzeuger der Welt mit einem Produktionsvolumen von 166 Mrd. US-Dollar, nach den USA (448 Mrd. US-Dollar) und Japan (217 Mrd. US-Dollar). Mit minimalen Arbeitskosten, einem Viertel der Investitionskosten westeuropäischer Unternehmen und einer stabilen Währung im Hintergrund können die chinesischen Unternehmen beispielsweise in der Feinchemie mehr oder weniger jeden Preis am Weltmarkt unterbieten. Letztendlich spielen die Transportkosten in dem Bereich kaum eine Rolle.

guenter.wolf@ba-ca.com

Günter Wolf



# Internationale Konjunktur und Finanzmärkte

Das schwächere Wachstum der Weltwirtschaft im 1. Quartal war vor allem auf die USA zurückzuführen, aber auch im Euroraum kam es nach dem sehr starken Jahresabschluss 2006 zu einer leichten Abschwächung. Für die nächsten Monate zeigt sich die Weltwirtschaft relativ robust, dementsprechend werden die Zinsen im Euroraum steigen, in den USA nicht sinken.

Die Weltwirtschaft zeigte im ersten Quartal die erwartete leichte Abschwächung, allerdings war der Euroraum trotz Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland besser, die USA allerdings schwächer als erwartet. Im Vorquartalsvergleich lag das Wachstum im Euroraum zum vierten Mal höher als in den USA.

Die Stimmung der Industrie ist weiterhin sehr optimistisch, in den USA hat sie sich in den letzten Monaten erholt, im Euroraum ist sie weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Die Konsumentenstimmung ist dagegen in den USA seit März rückläufig, was auf das insgesamt schwächere Wachstum der

Wirtschaft und nicht zuletzt die Situation am Immobilienmarkt zurückzuführen ist. Allerdings könnte es im Jahresverlauf zu einer leichten Erholung kommen.

Im Euroraum hat sich die Konsumentenstimmung in den letzten Monaten weiter verbessert. Zur inzwischen sehr guten Stimmung in Deutschland kommt nun auch eine Verbesserung in Frankreich. Die Industriestimmung ist weiterhin auf einem sehr hohen Niveau dank des starken Anstiegs in Deutschland. Zunehmend steigt die Stimmung jedoch auch in jenen Ländern, die bisher Nachzügler waren wie Frankreich und Italien.

## Weitere Aussichten

Im Euroraum sollte das Wachstum auch in den nächsten Monaten robust ausfallen und ähnlich hoch wie im ersten Quartal sein. Allerdings bietet die unausgewogene Zusammensetzung der Wachstumskomponenten in Deutschland im ersten Quartal (hoher Lageraufbau) ein gewisses Unsicherheitsrisiko für das zweite Quartal. Trotzdem

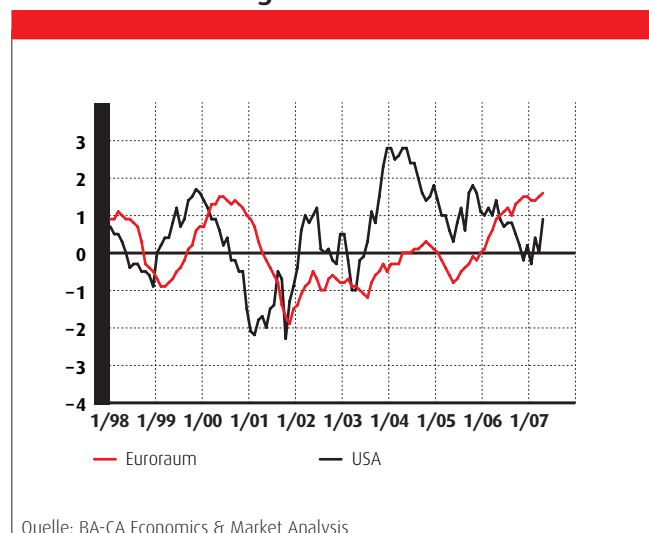
sollte das Wachstum insgesamt 2007 im Euroraum ähnlich hoch wie 2006 ausfallen. In den USA deuten die Vorlaufindikatoren darauf hin, dass die Wirtschaft sich im Jahresverlauf beleben sollte, das Wachstum bleibt trotzdem 2007 unter jenem der Vorjahre und auch unter jenem des Euroraumes.

An den Finanzmärkten hat der gestiegene Konjunkturoptimismus zu einem deutlichen Anstieg der langfristigen Zinsen geführt. In den USA liegt dahinter die nun deutlich gesunkene Erwartung von Zinssenkungen. Im Euroraum sind es die gestiegenen Erwartungen dafür, dass der Zinserhöhung im Juni auf 4 % auch im zweiten Halbjahr zumindest noch ein Schritt folgt. Angesichts der guten Konjunkturindikatoren, des starken Geldmengen- und Kreditwachstums könnte jedoch sogar noch ein weiterer folgen. Der Euro, der bis auf über 1,36 gegenüber dem US-Dollar klettern konnte, hat derzeit sein Aufwärtspotenzial ausgeschöpft.

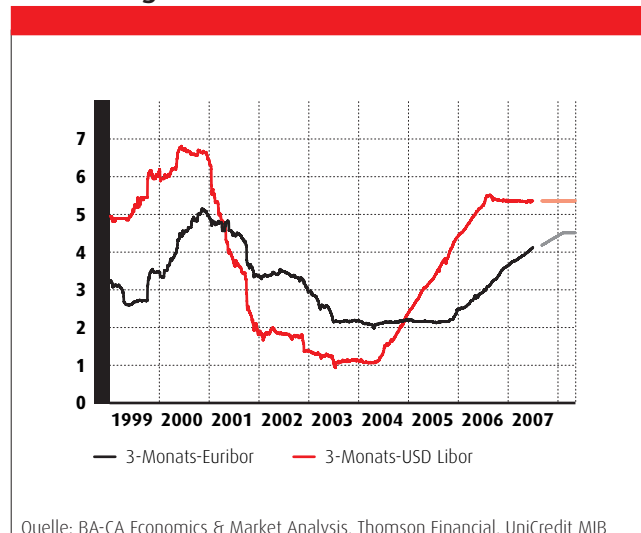
stefan.bruckbauer@ba-ca.com

Stefan Bruckbauer

## Industriestimmung Euroraum und USA



## 3-Monatsgeld



## Regionaler Überblick CEE

### 2007 – ein weiteres wachstumsstarkes Jahr

Wir prognostizieren für 2007 ein regionales Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 5,9%, das damit nur geringfügig unter der 2006 verzeichneten Rekordmarke von 6,5% liegen wird. Einzig Ungarn hinkt dem allgemeinen Trend mit einem prognostizierten BIP-Wachstum 2007 von 2,9% hinterher.

In der gesamten CEE-Region wird das Wirtschaftswachstum durch hohe Investitionen im Bausektor und die Schaffung neuer Produktionskapazitäten gefördert. Die Investitionstätigkeit wird auch weiterhin durch Unternehmensgewinne, eine hohe Marktliquidität und einen verbesserten Zugang zur Außenfinanzierung gestützt. Kräftig wachsende Haushaltseinkommen und ein verbesserter Zugang zu Krediten ermöglichen auch in Zukunft eine kräftige Ausweitung des Konsums. Der Export läuft dank der relativ guten Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften trotz der beträchtlichen Aufwertung der regionalen Währungen gut.

Einige Schwachstellen bleiben dennoch bestehen, wenn auch weniger stark ausgeprägt als noch vor einem Quartal. So zeigen Estland und Lettland weiterhin massive Anzeichen einer konjunkturellen Überhitzung. In einigen Ländern ist auch weiterhin die politische Landschaft mit größerer Aufmerksamkeit zu beobachten, insbesondere in der Türkei und in Russland, wo wichtige Wahlen vor der Tür stehen.

Nach der Rekordmarke von 2006 erwarten wir in Polen eine leichte Konjunkturabschwächung auf 5,5% im Jahr 2007. Als Wachstumstreiber wirken eine kräftige Investitionstätigkeit und hoher Konsum. Massiven Ausfuhren steht eine noch stärkere Importnachfrage gegenüber. Der Anstieg der

Arbeitskosten (aufgrund des zunehmenden Drucks auf den Arbeitsmarkt) wird voraussichtlich den Produktivitätszuwachs übersteigen und damit die Entwicklung des BIP mittelfristig beeinflussen. In der Tschechischen Republik wird die Inlandsnachfrage auch dieses Jahr den Hauptkonjunkturmotor darstellen. Rasches Lohnwachstum und ein steter Rückgang der Arbeitslosigkeit lassen die Verbraucherausgaben kräftig ansteigen, was in der Folge mit großer Wahrscheinlichkeit höhere Einfuhren nach sich ziehen wird. In Slowenien werden das anhaltende Kreditwachstum, die stetig steigende Beschäftigung und die Kaufkraft belebende Steuersenkungen die Inlandsnachfrage kräftig ankurbeln. Dies geht mit einer regen Exporttätigkeit einher, womit der im vergangenen Jahr verzeichnete starke Konjunkturaufschwung seine Fortsetzung findet. Auch in der Slowakei steht das kräftige Wirtschaftswachstum auf einer strukturell gesunden Grundlage. Nachdem in den vergangenen Jahren massiv in Produktionskapazitäten investiert wurde, bezieht es seinen Schwung zu einem Gutteil aus dem Anlaufen neuer exportorientierter Produktionen in den Bereichen Fahrzeugbau, Elektronik und Maschinenbau. In den drei baltischen Ländern bleibt das Wachstum ebenfalls aufgrund von Inlandsfaktoren hoch und nährt Befürchtungen über eine mögliche Konjunkturüberhitzung, wobei nur ein begrenzter Spielraum für eine wirksame Korrektur externer Ungleichgewichte besteht.

Bulgarien und Rumänien profitieren von den Vorteilen des EU-Beitritts. Haupttreiber der Konjunktur ist dort die lebhafte Investitionstätigkeit, die großteils in Zusammenhang mit ausländischen Direktinvestitionen oder aus EU-Mitteln kofinanzierten Infra-

strukturprojekten steht. Die Verbraucherausgaben bleiben hoch, während der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte negativ ist, da den hohen Ausfuhren eine noch höhere Importnachfrage gegenübersteht.

Nur in Ungarn ist der kurzfristige Ausblick aufgrund der konjunkturdämpfenden Wirkung des aktuellen Budget-Sanierungspakets negativ. Eine gewisse Erholung sollte es bei den Investitionen geben, und die Inlandsnachfrage sollte – im Gegensatz zur Inlandsnachfrage – auch weiterhin eine spürbare konjunkturstützende Wirkung entfalten. Sobald das schmerzhaft stabilisierende Paket dieses Jahr abgeschlossen ist, kann Ungarn auf einen dynamischeren Wachstumspfad zurückkehren, da die Fundamentaldaten und der Exportausblick der Realwirtschaft nach wie vor positiv sind.

#### Weiterhin restriktive Wirtschaftspolitik

Bisher war das starke, nachfragegetriebene Wachstum aufgrund der Aufwertung der einzelnen Landeswährungen, der günstigen Entwicklung der Energiepreise und verschiedener vorübergehender Faktoren von nur sehr mäßigem Inflationsdruck begleitet. Dieser steigt jedoch allmählich, was eine restriktivere Geldpolitik erforderlich macht. Bei der Abwägung zwischen Inflation und externen Ungleichgewichten spielt die Wechselkurspolitik eine Rolle. Das starke Wirtschaftswachstum unterstützt in der gesamten Region eine günstige Entwicklung der Staatsfinanzen, bei teilweise ungenutzten Reformchancen hauptsächlich wegen zunehmendem Populismus oder ungünstigen politischen Gegebenheiten.

In Polen hat der geldpolitische Ausschuss im April die Zinsen um 25 Ba-

sispunkte angehoben. Wir erwarten bis zum Jahresende nach wie vor zwei weitere Zinsanhebungen um jeweils 25 Basispunkte. Was die Fiskalpolitik betrifft, könnte im Gegensatz zu unseren früheren Erwartungen die Verbesserung des Budgetdefizits nun ausreichen, um die EU-Vorgaben bereits dieses Jahr zu erfüllen. Dank eines kräftigen Wirtschaftswachstums, des Verzichts auf die versprochenen Steuersenkungen und einer Erhöhung der indirekten Steuern wird es möglich sein, das Haushaltsdefizit unter das Niveau von 30 Mrd. PLN zu drücken.

In der Tschechischen Republik erwarten wir, dass die Zentralbank angesichts der konsumgetriebenen Nachfrage und der prognostizierten Beschleunigung der Inflation gezwungen sein wird, im dritten Quartal eine restriktivere Geldpolitik zu verfolgen. Wir bleiben bei unserer Erwartung, dass der Leitzinssatz bis Jahresende in zwei Schritten vom gegenwärtigen Niveau von 2,5 % auf 3 % angehoben werden wird. Im fiskalpolitischen Bereich wird der Ausblick für 2008 vor allem davon abhängen, ob es der Regierung gelingen wird, ihre Reformvorschläge durch das Parlament zu bringen.

Ein wesentlich günstigeres Szenario wird in der Slowakei erwartet, wo der Nachfragedruck unter Kontrolle bleiben sollte. Dies sollte für die Zentralbank das Hauptargument darstellen, die geldpolitischen Bedingungen, die sich durch die starke Aufwertung der Krone zunehmend restriktiver gestalten, etwas zu lockern. Nach den zwei Zinssenkungen um jeweils 25 Basispunkte erwarten wir im zweiten Halbjahr eine weitere Senkung um 25 Basispunkte, um eine Abweichung der SKK von ihrem Gleichgewichtsniveau zu vermeiden. Ein gewisser Zweifel besteht, ob das Haushaltsdefizitkriterium dieses Jahr so leicht, wie behauptet worden war, zu erreichen sein wird.

Wie bereits erwähnt, liegt in Ungarn der Schwerpunkt der makroökonomischen Politik auf dem Stabilisierungsprogramm. Mit dem Sparpaket konnte das Budget bei 10,1 % des BIP stabilisiert werden, während die geringfügig günstigere Entwicklung der Staatsfinanzen im ersten Quartal 2007 dazu beitrug, die Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik zu untermauern. Angesichts der Unsicherheiten hinsichtlich des Inflationsverlaufs im Jahr 2007 hat die Ungarische Zentralbank eine sehr vorsichtige Zinspolitik verfolgt. Während man auf Anzeichen dafür wartet, dass die Inflation ab April-Mai wieder zu sinken beginnt, ist es kaum möglich, den Leitzins zu senken, um den Druck auf den HUF zu vermindern. Unter günstigen globalen und inländischen Marktbedingungen könnte der Leitzins zum Jahresende 2007 schließlich bei 6,50 % zu liegen kommen.

In den baltischen Ländern und in Südosteuropa kommt einer restriktiven Geld- und Finanzpolitik eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung inflationärer Trends und zunehmender externer Ungleichgewichte zu. In Bulgarien wird sich die Wirtschaftspolitik darauf konzentrieren, eine Aktivierung der EU-Sicherungsklauseln zu vermeiden, die Nutzung der EUMittel zu verbessern und die makroökonomische Stabilität zu bewahren.

**Neuer Leitkurs  
der SKK  
im WKM II:  
35,4424/EUR**

Externe Ungleichgewichte sowie die anhaltend hohe Inflation werden aufmerksam verfolgt, wobei der Schwerpunkt auf der Verbesserung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft liegt. In Rumänien hat die Zentralbank Zinssenkungen im Ausmaß von 150 Basispunkten vorgenommen, wobei der Zinssatz auf 7,25 % gesenkt wurde. Ausschlaggebend dafür waren die niedrige Inflation in den ersten Monaten des Jahres, der Aufwertungsdruck auf die Landeswährung und die wachsende Besorgnis über Zuflüsse von „heißem Geld“ als Folge der Zinsunterschiede. Trotz des Anhaltens der überhitzten Nach-

frage, erster Anzeichen einer fiskalpolitischen Lockerung und eines gewissen Abwertungsrisikos aufgrund der politischen Labilität sehen wir die Möglichkeit einer weiteren Zinssenkung um 25 BP, abhängig von Inflations- und Wechselkursentwicklung.

**Kaum Veränderungen  
im EU- bzw. Euro-Fahrplan**

Kroatien bleibt das einzige Land, das glaubwürdig auf einen EU-Beitritt zu steuert. Die EU-Beitrittsverhandlungen machen gute Fortschritte, etwa die Hälfte der erforderlichen Maßnahmen wurde bereits auf allen Ebenen abgeschlossen. Nach den negativen Erfahrungen mit früheren Beitrittskandidaten hat die EU zwei zusätzliche Kriterien für die Harmonisierung der Gesetze und zur Gewährleistung der für die Umsetzung von Verordnungen erforderlichen administrativen Voraussetzungen festgelegt. Mit Jahresende sollten die Verhandlungen über die verbleibenden Kapitel des Acquis aufgenommen und bis Ende 2008 abgeschlossen werden. Angesichts dieses ehrgeizigen Zeitplans ist es sehr wichtig, die Umsetzung der erforderlichen Reformen im Wahljahr nicht zu verzögern.

Nach dem Beitritt Sloweniens zum Euroraum im Januar 2007 drängt derzeit nur die Slowakei auf eine Einführung des Euro per 1. Januar 2009. Voraussetzung ist, dass die Slowakei per erstem Quartal 2008 sämtliche Maastricht-Kriterien erfüllt. Die Wahrscheinlichkeit dafür liegt nach unserer Prognose bei 67 %, wobei sich dieser Wert aus einer Wahrscheinlichkeit von 75 % für die Erfüllung des finanzpolitischen Kriteriums und von jeweils 95 % für Inflation und Währungsstabilität ergibt. Da die Inflation nicht die erwartete Höhe erreicht hat und das Land das Inflationskriterium vermutlich erfüllen wird, bleibt als noch zu erfüllendes Kriterium hauptsächlich das Defizit der öffentlichen Hand.

debora.revoltella@ba-ca.com

Debora Revoltella

## Oberösterreich ist Spitze

### Innovative Wirtschaftsstruktur – hohe Wettbewerbsfähigkeit

Das traditionelle Industriekernland ist wie kaum ein anderes Bundesland Österreichs für die wirtschaftlichen Herausforderungen und Chancen des europäischen Binnenmarkts und der Globalisierung gerüstet.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Österreichs Regionen haben sich durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, der Einführung der Gemeinschaftswährung Euro, der Ostöffnung und nicht zuletzt durch die Globalisierung in wenigen Jahren grundlegend geändert. Die oberösterreichische Wirtschaft hat sich auf das neue Umfeld offenbar besonders gut eingestellt. Aus einem standardisierten Vergleich aller Bundesländer, auf Basis einer Vielzahl unterschiedlicher Wirtschaftsindikatoren, geht sie als österreichischer Gesamtsieger hervor.<sup>1</sup>

#### Oberösterreich kann sich sehen lassen

Das Ergebnis zeigt, dass es in Oberösterreich gelungen ist, den Herausforderungen einer sich rasch ändernden Umwelt aktiv zu begegnen. Und das Resultat kann sich sehen lassen:

- Oberösterreich ist heute zu einem modernen Wirtschaftsstandort gereift. Das Land ob der Enns ist zum führenden Industrie- und Technologiebundesland

1) Dieser Vergleich ist in der neuen BA-CA-Broschüre „Standort Oberösterreich“, die als erste einer Publikationsreihe über alle österreichischen Bundesländer erschienen ist, enthalten. Neben einer Einschätzung der Wirtschaftskraft und des Entwicklungspotenzials des jeweiligen Bundeslandes, wird darin ein Überblick über die aktuelle Förderlandschaft geboten. In Kürze folgt die Ausgabe über die Steiermark. Beide Broschüren können als Druckexemplar kostenlos in der Abteilung Public Relations unter der Tel.-Nr.: +43(0)50505 DW 56148 (Tonband) oder via E-Mail (pub@ba-ca.com) bestellt werden bzw. sind auf der Homepage der BA-CA verfügbar.

Österreichs aufgestiegen. Fast ein Viertel der gesamten österreichischen Sachgütererzeugung erfolgt in Oberösterreich. Technologisch hoch entwickelte und zukunftssträchtige Wirtschaftszweige, wie der automotiv Bereich und die Umwelttechnik stehen im Vordergrund.

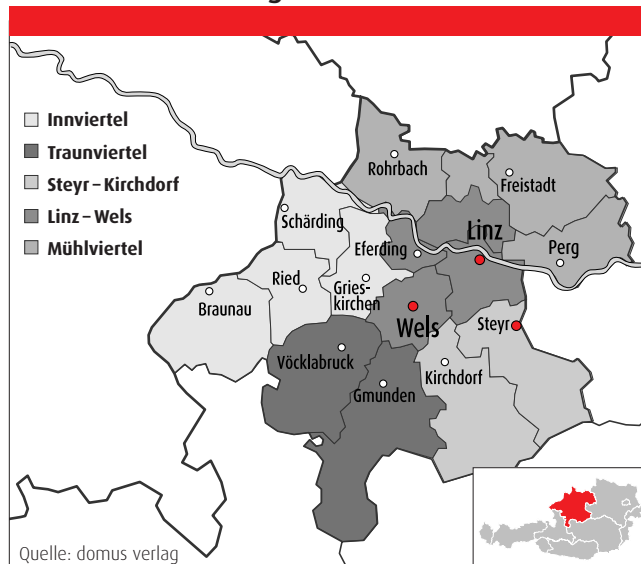
- Mit der strukturellen Neuausrichtung hat Oberösterreich die Weichen für eine besonders dynamische Wirtschaftsentwicklung gestellt. Das BIP-Wachstum liegt seit mehreren Jahren über dem österreichischen Durchschnitt. 2006 wuchs die oberösterreichische Wirtschaft sogar um 3,7 %. Viele moderne Arbeitsplätze sind entstanden, in der Industrie und zunehmend im Dienstleistungsbereich. Oberösterreich hat die geringste Arbeitslosenquote Österreichs. Im Jahresdurchschnitt 2006 sank sie auf 4,3 % (nationale Methode).
- Die gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit der oberösterreichischen Wirtschaft ist ein wichtiger Grund der dynamischen Entwicklung. Die hohe Innovationsfähigkeit, qualifizierte Arbeitskräfte und eine relativ

moderate Kostensituation stärken den Standort. Allerdings stellt die Verbesserung der Bildungskapazitäten für die Zukunft eine besonders wichtige Herausforderung dar. Mit einem hochwertigen Humankapitalstock muss der regionalen Wirtschaft ein ausreichender Pool qualifizierter Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden, damit Oberösterreich im Wettbewerb der Regionen auch weiterhin gute Karten hat.

- Beeindruckende Erfolge im internationalen Handel können als Rendite der hohen Konkurrenzfähigkeit der oberösterreichischen Wirtschaft verbucht werden. Mit einer Exportquote (Anteil der Warenausfuhren am BIP) von fast 55 % hat Oberösterreich mittlerweile die höchste Exportintensität Österreichs erreicht. Viele oberösterreichische Betriebe sind in ihren Marktnischen zu führenden Unternehmen Europas aufgestiegen. Zudem tragen rund 1.000 ausländische Unternehmen, die sich im Bundesland erfolgreich niedergelassen haben, kräftig zur positiven Außenhandelsentwicklung bei.

- Die Stärkung von Kooperationen und Netzwerken zwischen Unternehmen und zwischen der Wirtschaft und der Wissenschaft waren ein wichtiger Baustein der oberösterreichischen Erfolgsstory. Seit 1998 wurden in den wesentlichen wirtschaftlichen Stärkefeldern des Landes, vom Automobilbereich bis zur jüngsten Initiative Mechatronik, gut etablierte Kooperationsnetze eingerichtet. Keine andere europäische Region hat mittlerweile so eng geknüpfte und so viele Bereiche umspannende Netzwerke geschaffen. Oberösterreich ist

#### Oberösterreichs Regionen



damit Europameister bei Cluster-Initiativen. Mehr als 1.600 Unternehmen sowie Forschungseinheiten sind integriert.

### Höchstes langfristiges Wachstumspotenzial im Zentralraum

Die hohe Attraktivität des Standorts bietet den geeigneten Rahmen für eine kurz- und mittelfristig überdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung. Die langfristigen Perspektiven sind unter Berücksichtigung der jüngsten Bevölkerungsprognosen der Statistik Austria etwas vorsichtiger einzuschätzen. Der prognostizierte Rückgang der Anzahl der Erwerbspersonen innerhalb der nächsten 25 Jahre könnte sich als Belastung erweisen, da die weitere wirtschaftliche Expansion durch einen fehlenden Arbeitskräftepool begrenzt werden könnte. Einige der fünf NUTS-3<sup>2</sup> Regionen Oberösterreichs werden sich dank einer bevorzugten geographischen Lage und einer lokal viel versprechenden strukturellen Wirtschaftsmixtur mit guter technologischer Basis jedoch sehr positiv entwickeln können.

Dazu gehört vor allem der oberösterreichische Zentralraum rund um Linz und Wels, der heute bereits das wirtschaftliche Schwergewicht des Bundeslandes ist. Der oberösterreichische Zentralraum ist eine der führenden Industrie-, Export- und Technologieregionen Österreichs, die auf einer guten materiellen Infrastruktur mit vorteilhafter Verkehrsanknüpfung und einer kontinuierlich weiterentwickelten Ausbildungsqualität basiert. Er hat

langfristig die besten Chancen, sein hohes Zukunftspotenzial voll auszuschöpfen. Die Städte Linz und Wels sind die regionalen Wirtschafts- und Dienstleistungszentren, von deren Dynamik die umliegenden Gebiete profitieren.

Während die südlichen Teile unter der verkehrstechnisch weniger günstigen Lage leiden, erhöht der Anschluss an den Zentralraum auch die Zukunftsaussichten der nördlichen Teile der Region Steyr-Kirchdorf. Doch selbst für die Industriehochburg Steyr, in der mehr als 50 % der Beschäftigten der oberösterreichischen Fahrzeugindustrie tätig sind, stellt die verkehrstechnische Randlage auf lange Sicht ein potenzielles Wachstumsrisiko dar. Dennoch bestehen für diese Region, ebenso wie für jene Teile des Traunviertels, die verkehrsgünstig an der österreichischen Ost-West-Hauptverkehrsachse (A1, Westbahn) liegen, aufgrund der guten, im mittleren technologischen Segment angesiedelten Industriebasis gute Wachstumsperspektiven. Die Entwicklungschancen der südlichen Bereiche, die stärker touristisch erschlossen sind (Dachstein, Salzkammergut) müssen durch die alpine Lage dagegen zurückhaltender gesehen werden.

Die bestehenden Wirtschaftsstrukturen mit noch relativ geringen Anteilen an innovativen Branchen sowie die geographisch ungünstigere Lage sind ein Hindernis für eine dynamischere Wirtschaftszukunft des Innviertels. Auch für die wirtschaftlich schwächste Region Oberösterreichs, dem Mühlviertel be-

grenzt die geographische Lage in Nachbarschaft zur Tschechischen Republik, dem strukturschwachen Waldviertel und weniger stark entwickelten Bezirken Niederbayerns das langfristige Entwicklungspotenzial.

### Forschung und Qualifizierung: Der Schlüssel für die Zukunft

Eine Initiative zur Kompensation der bestehenden wirtschaftlichen Defizite ist die Errichtung von Impulszentren, wie dem Softwarepark Hagenberg im Bezirk Freistadt, wo die Ansiedlung innovativer Unternehmen gefördert wird. Während die Einrichtung dieser Zentren vorrangig auf die Weiterentwicklung der regionalen Wirtschaft abzielt, um einen wirtschaftlichen Aufholprozess der geographisch benachteiligten Randgebiete in die Wege zu leiten, sind die Clusterinitiativen darüber hinaus darauf ausgelegt, den Wirtschaftsraum Oberösterreich in seiner Gesamtheit zu stärken. Die Förderung von integrativer Forschung, Innovationsbereitschaft und -fähigkeit bleiben in diesem strukturellen Rahmen die Schlüsselfaktoren zur weiteren Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Oberösterreich. Die Spitzenposition im Bundesländervergleich zeigt, dass Oberösterreich für die wirtschaftlichen Herausforderungen und Chancen des europäischen Binnenmarkts und der Globalisierung gut gerüstet ist.

walter.pudschedl@ba-ca.com

Walter Pudschedl

<sup>2</sup> Nomenclature des unités territoriales statistiques (NUTS) ist eine hierarchische Klassifikation mit drei Ebenen basierend auf der Bevölkerungszahl mit dem Zweck einer einheitlichen Gliederung der Gebiete zur Erstellung von Regionalstatistiken für die Europäische Union.

## Regionalindikatoren

	Fläche		Einwohner		Beschäftigte		Arbeitslosenquote	BIP-Anteil	BIP/Kopf
	in 1.000 km <sup>2</sup>		in 1.000		in 1.000 (2005)		2006		(00=100)
Innviertel	2,8	(23,5)	274,7	(19,6)	76,6	(13,3)	4,6	(14,5)	(73,4)
Linz-Wels	1,7	(14,6)	542,6	(38,7)	338,7	(58,7)	4,1	(52,1)	(135,7)
Mühlviertel	2,7	(22,2)	203,8	(14,5)	36,1	(6,3)	3,5	(8,2)	(56,0)
Steyr-Kirchdorf	2,2	(18,7)	153,1	(10,9)	51,9	(9,0)	5,3	(11,1)	(101,2)
Traunviertel	2,5	(21,0)	229,1	(16,3)	73,6	(12,8)	4,4	(14,1)	(86,4)
<b>Oberösterreich</b>	<b>12,0</b>	<b>(100,0)</b>	<b>1.403,3</b>	<b>(100,0)</b>	<b>576,9</b>	<b>(100,0)</b>	<b>4,3</b>	<b>(100,0)</b>	<b>(100,0)</b>

Werte in () geben den Prozentanteil am Gesamtwert für Oberösterreich an. / Quellen: Eurostat, Statistik Austria, BA Economics & Market Analysis

## Gelebte Nachbarschaft in der Grenzregion

**Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gemeinden und Regionen im Rahmen der erweiterten EU wird für Österreich und seine Nachbarn künftig von wesentlicher Bedeutung sein.**

Mit der Region CENTROPE mit ihren 6,5 Mio. Einwohnern und den Ballungsräumen Wien – Brno – Bratislava – Győr und Szombathely ist ein Zukunftsmarkt im Entstehen, in dem es gilt, wirtschaftliche Kooperationen zu fördern und Synergien im größtmöglichen Ausmaß zu nutzen. Eine Umfrageserie der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik<sup>1</sup> (ÖGfE) gibt einen Einblick, wie diese Zukunftschance in den Grenzregionen selbst gesehen wird.

### **Einstellung zur EU-Mitgliedschaft des Nachbarlandes**

Wie österreichweite Umfragen der ÖGfE im Vorfeld der EU-Erweiterung im Jahr 2004 zeigten, standen die Österreicher dem Beitritt von Ungarn und Slowenien deutlich positiver gegenüber als jenem der Slowakei und der Tschechischen Republik. Diese Tendenzen erfahren auch im Rahmen der Erhebungen in den Grenzregionen ihre Bestätigung. Burgenländer stehen dem Nachbarn Ungarn deutlich positiver gegenüber (Zustimmung zum EU-Beitritt im Jahr 2005: 57 %) als die Bewohner des nördlichen Nieder- und Oberösterreich dem Nachbarn Tschechien (44 % bzw. 38 %). Ambivalent erweist sich das Meinungsbild der Niederösterreicher gegenüber ihren slowakischen Nachbarn (41 %). Mit Abstand die höchste Zustimmung wird der EU-Mitgliedschaft Sloweniens von Seiten der Kärntner und Steirer entgegengebracht (69 % bzw. 75 %).

Generell lässt sich erkennen, dass die Ablehnung eines EU-Beitritts des jeweiligen Nachbarlandes seit dem Jahr 2000/2001 in sämtlichen Grenzregionen rückläufig ist – und das sogar in Kärnten und der Steiermark, wo sich die Ablehnung stets auf einem sehr niedrigen Niveau befunden hat. Besonders hervorzuheben ist der Rückgang der Negativbeurteilung in der oberösterreichischen Grenzregion (seit 2001: minus 30 Prozentpunkte) sowie in den niederösterreichischen Grenzregionen zu Tschechien (minus 20 Prozentpunkte) und zur Slowakei (minus 16 Prozentpunkte).

### **Ängste: Verkehr – Kriminalität – Arbeitsplatz**

Ungeachtet der grundsätzlich positiven Einstellung zum Beitritt der Nachbarn sind auch in den Grenzregionen jene Ängste verbreitet, die auch in bundesweit durchgeführten Umfragen der ÖGfE zu beobachten waren – die Sorge vor einer steigenden Verkehrsbelastung, dem Verlust von Arbeitsplätzen sowie einem Anstieg der Kriminalität. Besonders der Bereich der Arbeitsplätze wird – wie ein Vergleich vor und nach dem 1. Mai 2004 zeigt – zunehmend negativ betrachtet, während die Angst vor anwachsender Kriminalität eine eher rückläufige Tendenz zeigt. Als größtes Problem wird allerdings in sämtlichen Grenzregionen die zunehmende Verkehrsbelastung empfunden.

Eine im Herbst/Frühjahr 2005/2006 erstmals durchgeführte Parallelumfrage in den Grenzregionen der Nachbarländer zeigt, dass die auf österreichischer Seite genannten Ängste in einem deutlich geringeren Maße geteilt werden, was aufgrund der unterschiedlichen

Ausgangsposition der jeweiligen Länder nachvollziehbar ist. Gerade was den Bereich der Arbeitsplätze betrifft, sind die Unterschiede im Meinungsbild von Österreichern und ihren Nachbarn evident: Die Befragten „jenseits der Grenze“ erwarten hier kaum nachteilige Folgen, es sind die Hoffnungen, die dominieren.

Auch das Thema der Kriminalität wird von Ungarn, Tschechen und Slowaken in einem deutlich geringeren Maße als Problem angesehen – einzig in Slowenien gibt es hier sogar größere Ängste als sie in den angrenzenden Regionen der Steiermark und Kärntens zu beobachten sind.

Was schließlich die Verkehrsbelastung betrifft, so zeigen Befragte in Österreich vor allem in der Grenzregion zur Slowakei und zu Ungarn ein ungleich höheres Maß an Skepsis als ihre Nachbarn jenseits der Grenze. Dagegen sind kaum Differenzen im Meinungsbild von Kärntnern, Steirern und Slowenen auszumachen.

### **Wirtschaftliche Zusammenarbeit**

Der Wunsch nach intensivierter wirtschaftlicher Zusammenarbeit wird am stärksten in den niederösterreichischen Grenzregionen zu Tschechien und der Slowakei geäußert. 40 % bzw. 45 % meinen, dass die Gemeinden diesseits und jenseits der Grenze „eher zu wenig“ auf diesem Gebiet kooperieren. Wenn man die Einstellung der Nachbarregionen zum Vergleich heranzieht, zeigt sich, dass auch die Bewohner der tschechischen Nachbargemeinden<sup>2</sup> zu 42 % Aufholbedarf orten, ein solcher aber nur von 35 % der Slowaken gesehen wird.

**Ablehnung der EU-Mitgliedschaft der Nachbarn ist stark rückläufig**

1) www.euro-info.net / 2) Umfrage in der Grenzregion zu Niederösterreich und Oberösterreich

In den Grenzregionen Oberösterreichs, Kärntens und der Steiermark wird der Wunsch nach verstärkter wirtschaftlicher Zusammenarbeit seltener geäußert. Im Mühlviertel sprechen sich 33 % dafür aus, in Südkärnten und der Südsteiermark sind es 28 % bzw. 30 %, wobei die Motivlage – nimmt man die stark voneinander abweichenden Grundeinstellungen in den Grenzregionen zu Tschechien und Slowenien zum Maßstab – hierfür durchaus differieren dürfte. Interessant ist, dass von slowenischer Seite der Wunsch nach wirtschaftlicher Zusammenarbeit deutlich häufiger geäußert wird (51 %).

In der burgenländisch-ungarischen Grenzregion sind ebenfalls Differenzen im Meinungsbild von Burgenländern und Ungarn festzustellen: 35 % der Burgenländer, aber 56 % der Ungarn meinen, dass die wirtschaftliche Kooperation der Gemeinden noch auszubauen wäre.

### **Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes**

Den größten Aufholbedarf in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Gemeinden orten die Bewohner der österreichischen Grenzregionen im Bereich des Umweltschutzes. Ihre Einschätzung unterscheidet sich deutlich von jener der Befragten jenseits der Grenze, die diesen Punkt in viel geringerem Ausmaß für wesentlich halten.

Wie auch bundesweite Umfragen der ÖGfE zeigen, sehen die Österreicherinnen und Österreicher unser Land gerade in diesem Bereich als Vorreiter in der EU und fordern im Besonderen von unseren Nachbarn die Einhaltung hiesiger Standards ein. Im Jahr 1999 hatten sogar 65 % der Befragten angegeben, dass Österreich dem EU-Beitritt seiner Nachbarn nur dann zustimmen sollte, wenn die Umweltstandards jenseits der Grenzen österreichisches Niveau erreicht hätten.

Sieht man sich nun das Meinungsbild in den Grenzregionen an, so sind die

geringsten Unterschiede noch im burgenländisch-ungarischen Grenzgebiet auszumachen: 63 % der Burgenländer und 54 % der Ungarn meinen, dass die Kooperation in diesem Bereich nicht ausreicht. In Kärnten und der Steiermark erhoffen sich rd. 55 % eine verstärkte Zusammenarbeit, während dies auf slowenischer Seite nur von 41 % für notwendig erachtet wird.

Eklatant hingegen unterscheidet sich das Meinungsbild der nieder- und oberösterreichischen Gemeinden von jenem in den slowakischen und tschechischen Grenzregionen: In den österreichischen Gemeinden waren doppelt so viele Befragte der Ansicht, dass die Kooperation im Umweltschutzbereich intensiviert werden sollte als dies in den Gemeinden jenseits der Grenze der Fall war.

### **Zusammenarbeit im Bereich des Tourismus**

Was schließlich das Gebiet des Tourismus betrifft, ist zu erkennen, dass dieser Bereich in fast allen untersuchten Regionen nach Umweltschutz und Wirtschaft in der Priorität der Zusammenarbeit an dritter Stelle steht. Am einheitlichsten erweist sich hierbei das Meinungsbild in der Grenzregion Österreich-Tschechien, in welcher etwas mehr als ein Viertel der Befragten eine Intensivierung der Kooperation einfordert.

Auch in der Beurteilung der Bewohner der niederösterreichischen und slowakischen Gemeinden zeigen sich kaum Differenzen – 37 % bzw. 33 % wünschen sich ein Mehr an Zusammenarbeit. Deutlicher weicht hingegen die Einstellung von Burgenländern und Bewohnern der westungarischen Komitate voneinander ab: Glauben nur 25 % der Burgenländer, dass die Gemeinden diesseits und jenseits der Grenze zu wenig im touristischen Bereich kooperieren, so liegt der entsprechende Wert bei den ungarischen Nachbarn bei 37 %.

Am stärksten wird die Intensivierung der Tourismuszusammenarbeit in Slowenien befürwortet – 39 % sprechen sich hierfür aus. Auf österreichischer Seite ist dieser Wunsch zu 32 % (Südkärnten) bzw. zu 22 % (Südsteiermark) zu registrieren.

### **Wie groß ist der Wunsch nach kommunaler Kooperation?**

Abschließend mag festgestellt werden, dass Kooperationen auf Gemeindeebene natürlich schon vor dem Jahr 1989/90 Bestand hatten. Diese waren jedoch in vielen Fällen „von oben“ verordnet und erschöpften sich meist in Besuchen von Vereinen und Musikgruppen in der jeweiligen Partnergemeinde. Die Chance für eine intensive und vielfältige Kooperation ergab sich erst nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ und es ist interessant zu sehen, dass die Bewohner der Grenzgemeinden zwar auch weiterhin die Zusammenarbeit auf Vereinsebene als wichtig betrachten, wirtschaftlichen Aspekten der kommunalen Kooperation jedoch in vielen der untersuchten Regionen bereits Vorrang eingeräumt wird.

Die Vielzahl grenzüberschreitender Projekte – man nehme nur die im Rahmen des INTERREG-Programms gesetzten Initiativen als Beispiel – lässt hoffen, dass die Chance genützt wird, die jahrzehntelange Randlage der grenznahen Gebiete zu beenden, so dass historisch gewachsene Regionen von neuem zusammenfinden. Gerade in den von der Erweiterung im besonderen Maße betroffenen Grenzregionen wird die Bedeutung einer verstärkten wirtschaftlichen Kooperation bereits wahrgenommen und auch mit Leben erfüllt – vielfach jedoch „unter Ausschluss der (breiten) Öffentlichkeit“. Dieses Kommunikationsdefizit zu beheben sollte künftig Hauptaufgabe von politisch Verantwortlichen im „Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern“ sein.

europa@euro-info.net

Franz Birk, Stefan Schaller

# Daten und Fakten Österreich

## BIP / Entstehung

real	2003	2004	2005	2006
BIP	1,1	2,4	2,0	3,1
Land- und Forstwirtschaft	-1,8	6,0	-2,7	1,5
Sachgütererzeugung u. Bergbau	0,2	2,3	2,6	7,9
Energie- u. Wasserversorgung	-2,1	5,4	-0,8	5,2
Bauwesen	5,7	1,4	2,1	5,8
Handel	0,5	1,3	0,3	1,2
Beherbergungs- u. Gaststättenwesen	1,5	1,4	1,6	2,2
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1,2	3,7	4,0	3,2
Kredit- u. Versicherungswesen	5,3	7,5	6,9	3,2
Realitätenwesen	1,3	4,1	1,7	2,3
Öffentliche Dienste	0,6	-0,8	1,7	0,3
Sonstige Dienstleistungen	1,2	1,2	2,8	1,0

## BIP / Verwendung

real	2005	2006	2007	2008
			Prognose BA-CA	
BIP	2,0	3,1	3,1	2,3
Privater Konsum	1,7	2,0	2,2	2,3
Öffentlicher Konsum	1,9	1,2	1,4	1,4
Bruttoinvestitionen	-0,4	3,3	3,8	3,4
Ausrüstungen	0,2	3,2	5,3	3,2
Bauten	0,4	5,2	3,5	2,4
Exporte i.w.S.	6,4	8,8	5,7	5,1
Waren	5,8	10,2	6,5	5,9
Reiseverkehr	2,8	1,9	3,0	2,4
Importe i.w.S.	5,2	6,8	4,5	5,6
Waren	5,9	6,6	4,2	6,2
Reiseverkehr	-6,9	8,7	4,0	2,6

## Konjunkturindikatoren

	Sachgüter- erzeugung	Bau- produktion*	Einzelhandels- umsatz nom.	Über- nachtungen	Unselbst. Beschäftigte		Arbeitslosen- quote	VPI
	Vdg. z. Vj. in %	Vdg. z. Vj. in %	Vdg. z. Vj. in %	Vdg. z. Vj. in %	in 1.000	Vdg. z. Vj. in %	nat. Def., in %	Vdg. in %
2002	0,0	1,2	0,6	1,1	3.154,5	0,2	6,9	1,8
2003	2,2	11,0	1,5	1,3	3.184,1	0,9	7,0	1,3
2004	7,4	2,8	2,4	-0,7	3.199,0	0,5	7,1	2,1
2005	4,4	4,5	2,2	1,8	3.234,6	1,1	7,2	2,3
2006	8,4	13,2	2,3	0,1	3.280,9	1,4	6,8	1,5
Mai 2006	9,0	16,2	5,0	-10,3	3.277,2	1,5	6,1	1,7
Juni 2006	8,1	2,3	1,8	7,4	3.306,4	1,6	5,6	1,5
Juli 2006	9,5	19,2	2,3	0,7	3.380,4	1,7	5,5	1,5
Aug. 2006	11,8	10,2	3,4	-7,8	3.365,9	1,8	5,6	1,8
Sept. 2006	8,9	13,9	1,3	4,5	3.336,3	1,9	5,6	1,4
Okt. 2006	9,2	13,3	1,5	4,3	3.320,3	1,9	6,1	1,2
Nov. 2006	8,0	15,6	1,6	4,7	3.302,5	1,8	6,6	1,6
Dez. 2006	12,6	17,3	1,4	4,1	3.258,2	1,6	7,9	1,5
Jän. 2007	8,9	21,3	3,0	-3,3	3.245,4	2,2	8,3	1,6
Feb. 2007	9,4	27,7	3,6	0,8	3.265,3	2,4	7,8	1,6
März 2007	7,5			-5,8	3.299,5	2,7	6,7	1,8
April 2007					3.310,6	2,0	6,2	1,8

\*) Wert der technischen Gesamtproduktion von Hoch- und Tiefbau

## Zinsen und Währungen

	3M-Geld			10J			Wechselkurs		
	15.6. 2007	Ende Sep. 2007	Ende März 2008	15.6. 2007	Ende Sep. 2007	Ende März 2008	15.6. 2007	Ende Sep. 2007	Ende März 2008
Euroland	4,15	4,35	4,55	4,68	4,55	4,60			
USA	5,36	5,40	5,40	5,24	5,00	5,10	1,33	1,33	1,28
Japan	0,75	0,85	1,20	1,91	2,00	2,40	164,31	162,00	155,00
UK	5,85	5,95	5,95	5,41	5,40	5,50	0,68	0,68	0,69
Schweiz	2,49	2,75	3,00	3,19	3,20	3,30	1,66	1,64	1,60

Quelle: BA-CA Economics & Market Analysis, HVB-Research, Statistik Austria, Thomson Financial



# Daten und Fakten International

BIP (real, Vdg. in %)

	Prognose						Prognose					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Österreich	1,1	2,4	2,0	3,1	3,1	2,3	1,3	2,1	2,3	1,5	1,9	2,0
Deutschland	-0,2	0,8	1,1	3,0	2,7	2,0	1,0	1,7	2,0	1,7	1,7	1,6
Euroland	0,8	1,8	1,5	2,8	2,7	2,5	2,1	2,1	2,2	2,2	2,0	2,1
USA	2,5	3,9	3,2	3,3	2,0	2,8	2,3	2,7	3,4	3,2	3,0	2,7
Japan	1,5	2,7	1,9	2,2	2,3	1,8	-0,2	0,0	-0,3	0,2	0,4	0,7
UK	2,7	3,3	1,9	2,8	2,7	2,5	1,4	1,3	2,1	2,3	2,3	2,0
Schweiz	-0,2	2,3	1,9	2,9	1,8	1,7	0,6	0,8	1,2	1,1	0,9	1,1

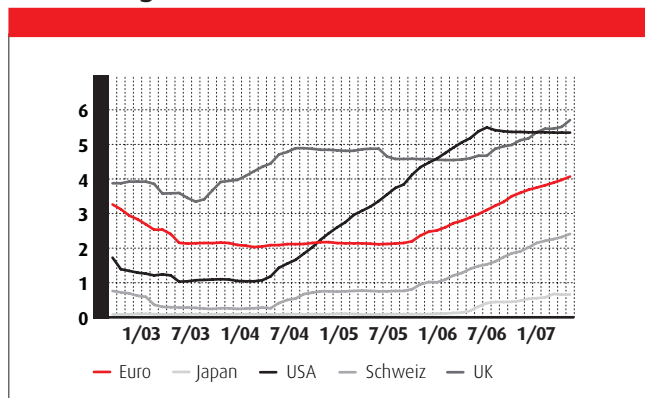
VPI (in %)

Budgetsaldo (in % des BIP)

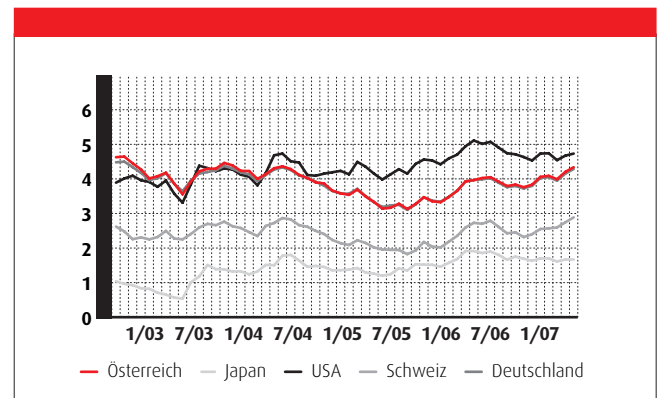
	Prognose						Prognose					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Österreich	-1,6	-1,2	-1,6	-1,1	-0,8	-0,7	-	-	-	-	-	-
Deutschland	-4,0	-3,7	-3,5	-2,2	-1,0	-0,8	-	-	-	-	-	-
Euroland	-3,0	-2,8	-2,4	-1,6	-0,9	-0,4	0,5	0,8	0,1	-0,1	0,0	0,2
USA	-3,5	-3,6	-2,6	-1,9	-1,4	-1,5	-4,8	-5,7	-6,3	-6,5	-5,9	-5,6
Japan	-8,0	-6,3	-5,3	-4,3	-3,2	-4,1	3,2	3,7	3,6	3,7	4,2	4,4
UK	-3,4	-3,3	-3,4	-2,9	-2,6	-2,5	-1,4	-1,6	-2,4	-3,4	-3,2	-3,0
Schweiz	-	-	-	-	-	-	13,9	15,8	16,7	16,9	17,0	16,9

Leistungsbilanz (in % des BIP)

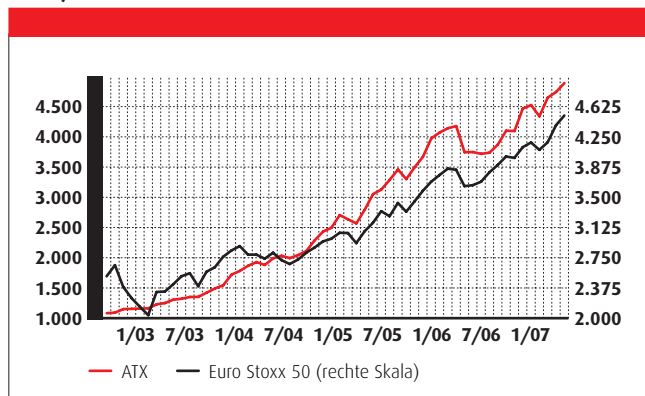
## 3-Monatsgeld



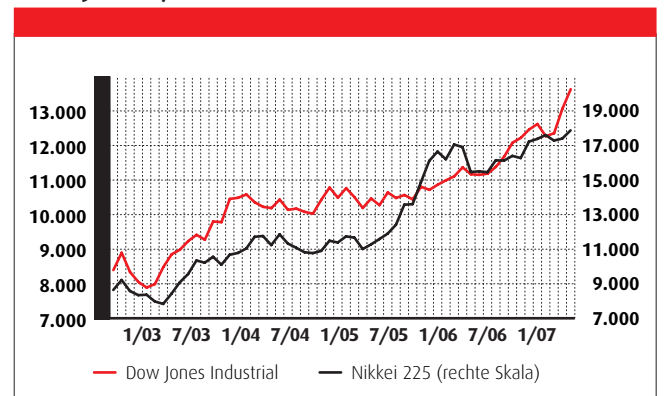
## Sekundärmarktrendite



## ATX / Euro Stoxx



## Dow Jones / Nikkei 225



# Daten und Fakten

## Osteuropa

**BIP (real, Vdg. in %)**

	BIP (real, Vdg. in %)						VPI (Jahresdurchschnitt in %)					
	2003	2004	2005	2006	Prognose		2003	2004	2005	2006	Prognose	
					2007	2008					2007	2008
Bulgarien	5,0	6,6	6,2	6,1	6,0	6,0	2,4	6,2	5,0	7,3	6,1	4,5
Estland	7,1	8,1	10,5	11,4	9,5	8,8	1,3	3,0	4,1	4,4	5,0	4,9
Lettland	7,2	8,7	10,6	11,9	9,4	8,0	2,9	6,2	6,7	6,5	7,5	5,5
Litauen	10,3	7,3	7,6	7,5	7,7	6,4	-1,2	1,2	2,7	3,8	4,6	4,2
Polen	3,9	5,3	3,6	6,1	6,6	5,2	0,8	3,5	2,1	1,0	2,6	3,1
Rumänien	5,2	8,5	4,1	7,7	6,0	5,5	15,3	11,9	9,0	6,6	4,3	4,4
Slowak. Rep.	4,2	5,4	6,0	8,3	9,0	7,1	8,5	7,5	2,7	4,5	2,5	2,3
Slowenien	2,7	4,4	4,0	5,2	5,4	5,0	5,6	3,6	2,5	2,5	2,6	2,2
Tschech. Rep.	3,6	4,2	6,5	6,4	5,6	4,8	0,1	2,8	1,9	2,5	2,7	3,1
Ungarn	4,1	4,9	4,2	3,9	3,0	3,4	4,7	6,8	3,6	3,9	7,5	3,9
EU-10	4,3	5,6	4,8	6,4	5,5	5,0	3,5	5,1	3,4	3,1	3,7	3,4
Kroatien	5,3	4,3	4,3	4,8	4,7	4,3	1,8	2,1	3,3	3,2	2,7	2,9
Türkei	5,8	8,9	7,4	6,1	5,0	6,4	25,3	10,6	8,2	9,6	8,7	6,2
Bosnien-H.	3,0	6,0	5,5	6,2	6,7	6,5	0,7	0,4	3,8	7,4	2,1	3,7
Russland	7,3	7,2	6,4	6,7	7,2	6,6	13,6	10,9	12,7	9,7	8,4	7,4
Serbien	2,5	8,4	6,2	5,7	6,0	6,2	9,9	11,4	16,2	11,7	5,1	6,2
Ukraine	9,6	12,1	2,7	7,1	5,5	5,5	5,2	9,0	13,5	9,1	10,0	8,8

**Arbeitslosenquote (in %)**

	Arbeitslosenquote (in %)						Budgetsaldo (in % des BIP)					
	2003	2004	2005	2006	Prognose		2003	2004	2005	2006	Prognose	
					2007	2008					2007	2008
Bulgarien	13,5	12,2	10,7	9,1	8,0	7,5	0,0	1,7	2,3	3,6	2,5	1,7
Estland	10,0	9,7	7,9	5,9	5,1	5,1	2,4	1,5	1,6	3,8	1,5	1,0
Lettland	8,6	8,8	8,0	7,0	6,5	6,2	-1,6	-1,0	-0,2	0,4	0,1	0,2
Litauen	12,5	11,4	8,2	5,6	5,5	5,3	-1,3	-1,5	-0,5	-0,3	-0,3	-0,5
Polen	20,0	19,0	17,6	14,9	12,9	12,1	-4,7	-3,9	-2,5	-1,7	-3,0	-2,8
Rumänien	7,6	6,8	5,8	5,4	5,3	5,2	-2,2	-1,2	-0,8	-1,7	-2,3	-2,4
Slowak. Rep.	15,2	14,3	11,6	10,4	8,3	7,8	-2,8	-2,4	-2,8	-3,4	-2,9	-2,3
Slowenien	6,7	6,3	6,5	6,0	5,5	5,3	-2,8	-2,3	-1,5	-1,4	-1,6	-1,8
Tschech. Rep.	9,9	10,2	8,9	8,1	6,7	6,2	-6,6	-2,9	-3,5	-2,9	-4,0	-3,5
Ungarn	5,9	6,1	7,2	7,5	7,6	7,3	-7,2	-6,5	-7,8	-9,2	-6,4	-4,2
EU-10	13,2	12,6	11,6	10,2	9,1	8,5	-4,4	-3,2	-2,8	-2,5	-3,2	-2,6
Kroatien	14,3	13,8	12,7	11,2	10,2	9,4	-6,3	-4,9	-4,1	-3,0	-2,5	-2,5
Türkei	10,5	10,3	10,3	9,7	9,3	9,0	-11,1	-7,0	-1,4	-0,7	-2,5	-2,0
Bosnien-H.	42,0	43,1	44,1	44,0	43,5	43,0	0,8	1,7	2,6	1,6	1,0	0,4
Russland	8,1	8,3	7,7	6,9	6,3	5,8	1,4	4,5	7,7	10,8	5,0	3,2
Serbien	14,6	18,5	20,8	20,9	21,2	20,7	-1,1	0,9	1,9	1,5	0,3	0,5
Ukraine	9,1	7,8	7,2	6,8	6,5	6,2	0,1	-3,1	-2,0	-0,7	-4,0	-5,0

Quellen: Nationale Statistik, BA-CA Research CEE

# Daten und Fakten

## Osteuropa

Leistungsbilanz (in % des BIP)

	Prognose						Prognose					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bulgarien	-5,5	-6,6	-12,0	-15,8	-17,6	-14,0	60,1	64,2	69,0	78,4	82,0	86,0
Estland	-11,6	-12,5	-10,5	-14,8	-16,0	-13,5	66,0	78,3	86,0	95,8	96,1	96,8
Lettland	-8,2	-12,9	-12,6	-21,1	-22,4	-19,6	79,5	93,0	99,4	112,8	117,6	119,9
Litauen	-6,8	-7,7	-7,2	-10,8	-10,2	-8,9	40,5	42,4	51,3	60,7	63,2	64,5
Polen	-2,1	-4,3	-1,7	-2,3	-2,7	-3,5	47,5	41,9	44,0	45,9	46,4	45,3
Rumänien	-5,8	-8,4	-8,7	-10,3	-11,5	-11,2	30,1	30,1	31,0	28,5	27,0	26,7
Slowak. Rep.	-6,0	-7,8	-8,6	-8,3	-3,9	-2,6	49,1	50,0	58,7	51,7	45,8	42,5
Slowenien	-0,8	-2,7	-2,0	-2,5	-2,6	-2,4	53,8	58,6	71,0	80,4	86,3	90,8
Tschech. Rep.	-6,2	-6,0	-2,6	-4,2	-4,5	-4,6	34,7	36,4	38,5	38,0	37,3	37,0
Ungarn	-7,9	-8,4	-6,9	-5,8	-4,8	-4,3	66,0	67,8	78,4	89,8	83,7	83,3
EU-10	-4,7	-6,3	-4,7	-5,9	-5,9	-5,6	47,9	47,3	51,2	53,5	53,1	52,7
Kroatien	-7,1	-4,9	-6,3	-7,6	-7,9	-7,7	75,5	79,4	81,7	84,7	86,2	86,0
Türkei	-3,3	-5,2	-6,3	-7,9	-6,3	-6,7	55,9	49,9	46,5	50,4	-	-
Bosnien-H.	-21,1	-19,3	-21,3	-11,4	-16,6	-17,4	282,7	273,5	296,0	291,9	298,6	305,2
Russland	8,2	10,0	11,0	9,6	6,4	4,3	41,4	34,9	34,4	33,3	35,3	35,5
Serbien	-7,0	-11,7	-8,5	-12,0	-14,1	-13,1	63,3	57,1	63,8	57,2	61,7	62,3
Ukraine	5,8	10,6	3,1	-1,5	-3,5	-5,5	45,1	45,3	50,2	49,7	50,8	53,1

Auslandsverschuldung (in % des BIP)

Leitzinssatz p.a. (Periodenende in %)

	Prognose						Prognose					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bulgarien	-	-	-	-	-	-	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Estland	-	-	-	-	-	-	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65
Lettland	3,0	4,0	4,0	5,0	6,5	6,0	0,65	0,67	0,70	0,70	0,70	0,70
Litauen	-	-	-	-	-	-	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45
Polen	5,25	6,5	4,5	4,0	4,75	4,5	4,40	4,53	4,03	3,90	3,89	3,90
Rumänien	21,25	17,0	7,5	8,75	7,0	6,8	3,76	4,05	3,62	3,52	3,38	3,38
Slowak. Rep.	6,0	4,0	3,0	4,75	4,25	4,0	41,5	40,0	38,6	37,2	33,7	32,6
Slowenien	5,0	3,25	3,75	3,75	4,0	4,0	233,7	238,9	239,6	239,6	EUR	EUR
Tschech. Rep.	2,0	2,5	2,0	2,5	3,25	3,5	31,8	31,9	29,8	28,3	28,3	27,7
Ungarn	12,5	9,5	6,0	8,0	6,5	5,5	253,5	251,7	248,1	264,3	251,0	253,0
EU-10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kroatien	-	-	-	-	-	-	7,56	7,50	7,40	7,32	7,30	7,25
Türkei	26,0	18,0	13,5	17,5	17,0	14,0	1,69	1,78	1,68	1,81	1,92	1,97
Bosnien-H.	-	-	-	-	-	-	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Russland	5,9	5,5	6,5	5,7	5,6	5,5	34,7	35,8	35,2	34,1	34,7	33,3
Serbien	10,6	16,3	19,2	14,0	9,0	7,0	65,1	72,6	83,2	84,4	80,3	77,5
Ukraine	8,0	14,0	12,0	9,5	9,0	9,5	6,0	6,6	6,4	6,3	6,7	6,6

Wechselkurs zum Euro (Jahresdurchschnitt)